

STIMM- UND WAHLRECHT FÜR AUSLÄNDER AUF GEMEINDEEBENE

Die FDP blieb bei ihrem Nein

Der Grosse Rat hat es abgelehnt, den Gemeinden die Kompetenz zu geben, das Stimm- und Wahlrecht für Ausländer auf Gemeindeebene einzuführen. Den Ausschlag gaben die Freisinnigen, die fast geschlossen dagegen stimmten.

Es schien, als ob die Befürworterinnen und Befürworter des Stimm- und Wahlrechts für Ausländer auf Gemeindeebene die Niederlage vorausahnten. «Ich fühle mich seit gestern wieder als Ausländerin», sagte Maria Iannino Gerber (Grüne, Hinterkappelen) nach Wiederaufnahme der am Vorabend unterbrochenen Debatte. Sie fühle sich insbesondere von EVP-Abweichter Philippe Messerli (Nidau) «unmenschlich» behandelt.

Demokratieprinzip

Staatsschreiber Kurt Nuspliger verwies auf die befürwortenden Argumente der Regierung. Gemäss dem Demokratieprinzip sollten Menschen, die von einem Entscheid betroffen sind, mitentscheiden können.

Die beiden Motionäre Monika Barth (SP, Biel) und Maxime Zuber (PSA, Moutier) warben vergeblich bei der FDP um Stimmen. Barth wehrte sich vor allem gegen das Argument der Gegner, die nicht eingebürgerten Ausländerinnen und Ausländer in den Gemeinden würden ohnehin nur links und grün wählen. Das Gegenteil sei der Fall: Vor allem Gewerbetler und Akademiker unter den Ausländern seien interessiert, auf politischer Ebene mitzubestimmen. Zuber erinnerte die FDP an ihr Bekenntnis auf Bundesebene, wo sich die Partei zum Stimm- und Wahlrecht für Aus-



Andreas Blatter

Ausdruckslose Gesichter in den Bänken der FDP: Die Freisinnigen mochten nicht schon wieder über das Ausländerstimm- und Wahlrecht auf Gemeindeebene debattieren.

AUSLÄNDERSTIMM- UND WAHLRECHT So stimmten die Räte

So votierten die Mitglieder der einzelnen Fraktionen zum fakultativen Stimm- und Wahlrecht auf Gemeindeebene (Motion Zuber):

SVP: Nein; alle ausser Spring (Enthaltung), Pauli, Vaucher (beide abwesend), Lüthi (stimmte als Präsident nicht).
FDP: Ja; Rät. Enthaltung: Staub. Nein; alle übrigen.

SP/Juso: Ja; alle.
Grüne: Ja; alle ausser Coninx (abwesend).
EVP: Ja; Dätwyler, Gasser, Gfeller, Löffel, Schnegg, Sommer, Streiff. Nein: Baumgartner, Grossen, Jost, Messerli. Enthaltung: Bieri, Jenni.
EDU: Nein; alle ausser Friedli (abwesend).
Freie Fraktion: Ja; alle.
Fraktionslos: Nein; Scherrer.

länderinnen und Ausländer auf Gemeindeebene bekenne und dies gar als Instrument für einen erfolgreichen Integrationsprozess bezeichnet.

Ein Einziger scherte aus

Die Worte blieben auf den FDP-Rängen ohne Wirkung. Mit Ausnahme von Fraktionssprecher Sylvain Astier (Moutier) hatte sich die Fraktion nicht an der Debatte beteiligt. In der Abstimmung stimmte nur ein einziger FDP-Abgeordneter für die Gemeindeautonomie in dieser Frage. Das konsequente Nein der FDP gab denn auch den Aus-

schlag. Die Motion Barth wurde mit 77 zu 73 Stimmen verworfen, die Motion Zuber mit 78 zu 73 Stimmen, 5 bzw. 4 Grossräte enthielten sich der Stimme. Einzig bei der EVP blieben die Meinungen in der Abstimmung geteilt.

Damit bleibt es in der Schweiz bei acht Kantonen, die das Ausländerstimmrecht auf Gemeindeebene zulassen: Jura, Neuenburg, Waadt, Freiburg, Genéve, Basel-Stadt, Graubünden und Appenzell Ausserrhodan. In Zürich ist das Begehren vor dem Kantonsrat. In Luzern wird dieses Jahr darüber abgestimmt.

THOMAS DÄHLER

BERUFSBILDUNG

Bern erhält Zentrum

Bern wird Standort des Schweizer Dienstleistungszentrums für Berufsbildung, Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung.

Ansiedlungserfolg für den Kanton Bern: Die Erziehungsdirektion und die Volkswirtschaftsdirektion haben erreicht, dass das neue Schweizerische Dienstleistungszentrum für Berufsbildung, Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (SDBB) in Bern angesiedelt wird. Das Zentrum ist der Schweizerischen Konferenz der Kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) angegliedert. Bisher wurden die Dienstleistungen, die das Zentrum übernimmt, an den vier Standorten Luzern, Zürich, Neuenburg und Lausanne erbracht.

Vorgesehen sind in der Stadt Bern gegen 25 Büroarbeitsplätze sowie Produktionsanlagen und Vertrieb. Das neue Zentrum übernimmt Vollzugs- und Entwicklungsaufgaben in der Berufsbildung und der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung. Es ist zuständig für Information und für die Publikation von Unterlagen, beispielsweise für die Berufs- und Studienberatung. **AID**

HR-FORUM BERN

Zufrieden mit sich und dem Job

Lohnt es sich, ein guter Arbeitgeber zu sein? Fragen wie diese hat sich Gudela Grote gestellt, die heute im Kursaal referiert.

Die Schweizer Wirtschaft läuft rund, und die Konsumentenstimmung ist anhaltend gut. Doch wie wirkt sich das nun auf den Arbeitsmarkt aus? Gemäss dem Human-Relationship-Barometer 2006, den die beiden Professoren Gudela Grote (ETH Zürich) und Bruno Staffelbach (Universität Zürich) herausgegeben haben, waren 2006 mehr als die Hälfte der Arbeitenden hier zu Lande mit ihrem Job zufrieden. Zum guten Glück, kann man das nur sagen, schliesslich nennen die meisten der Befragten die Arbeit als ein zentrales Lebensinteresse.

Doch wie kann ein Unternehmen die Zufriedenheit der Mitarbeitenden positiv beeinflussen? Oder wenigstens dafür sorgen, dass seine Mitarbeitenden zufrieden bleiben? Eine Standardlösung dafür gebe es nicht, sagt Gudela Grote. Sie ist Professorin für Arbeits- und Organisationspsychologie an der ETH Zürich und Co-Herausgeberin des HR-Barometers, der Anfang März in

seiner neuesten Fassung publiziert wird. «Wichtig scheint mir, dass Arbeitgeber mehr fördern, was sie fördern, und Mitarbeitende mit eigenverantwortlicher Karriereorientierung besser unterstützen.»

Denn gerade gut ausgebildete Mitarbeitende würden dazu neigen, ihren Arbeitsplatz eher zu wechseln als andere. Aus der Studie wird aber deutlich, dass es sich für Unternehmen dennoch lohnt, ihre Mitarbeitenden partizipieren zu lassen und in die Personalentwicklung zu investieren; das Commitment der Mitarbeitenden wird dadurch entsprechend grösser. Gudela Grote spricht in diesem Zusammenhang vom Idealbild einer flexiblen Loyalität («Ich weiss, das ist ein merkwürdiger Ausdruck») oder aber vom Denken in Optionen für alle Beteiligten.

Übrigens widerlegt die Studie ein von Arbeitgeberseite immer wieder geäussertes Vorurteil: Mitarbeitende, die gefördert werden und dadurch eine verbesserte Arbeitsmarktfähigkeit erlangen, verlassen ein Unternehmen keineswegs eher als andere.

PETER JOST

Gudela Grote, Bruno Staffelbach (Hrsg.): Schweizer HR-Barometer 2006, Buchverlag Neue Zürcher Zeitung.



Gudela Grote, Professorin an der ETH Zürich, hat die Zufriedenheit von Mitarbeitenden in einer Studie untersucht.

HR-FORUM

Fachleute diskutieren

Beim 2. HR-Forum, welches von der Wirtschaftsförderung Region Bern organisiert wird, referiert Prof. Dr. Gudela Grote heute im Kursaal Bern zum Thema «Erfolgreiche Organisation versus Arbeitszufriedenheit». An der anschliessenden Gesprächsrunde nehmen teil: Thomas Binggeli (Thöms Velosshop AG,

Niederscherli), Barbara Bourouba (T-Systems Switzerland Ltd., Zollikofen), Jacky Gillman (Losinger Construction AG, Bern), Barbara Hayoz (Gemeinderätin Stadt Bern) und Thomas Zahnd (Migros Aare, Schönbühl). Geleitet wird die Gesprächsrunde von «Kassensturz»-Moderator Ueli Schmezer. **jo**

KOMMENTAR



THOMAS DÄHLER

Theorie und Praxis

In der Theorie sind die Freisinnigen für das Stimm- und Wahlrecht für Ausländer auf Gemeindeebene. So steht es jedenfalls in ihrem Positionspapier, das sie im Vorfeld der Abstimmung über das Ausländergesetz verabschiedet haben. In der Praxis hingegen sind die Freisinnigen dagegen: Sie waren es, die gestern dafür sorgten, dass es den Gemeinden untersagt bleibt, Ausländern in Gemeindeangelegenheiten das Stimmrecht zu geben. Das erstaunt nur auf den ersten Blick. Die FDP steht im Wahlkampf mit dem Rücken zur Wand. Sie riskiert, bei den Nationalratswahlen weitere Sitze an die SVP zu verlieren. Diese macht bekanntlich kein Hehl aus ihrer harten Haltung Ausländern gegenüber. Das Stimmrecht gibt es nach dem Willen der SVP nur mit dem roten Pass – und auch für diesen ist die Hürde möglichst hoch zu stellen. Es ist deshalb nachvollziehbar, dass die FDP gestern nicht riskieren wollte, mit einer ausländerfreundlichen Haltung der unerbittlichen SVP ins Messer zu laufen. Schon im Vorfeld der kantonalen Wahlen hat die FDP in dieser Frage die Notbremse gezogen, als sie vom Ja- ins Nein-Lager wechselte. Den Befürwortern indes konnte es nicht schnell genug gehen, die Frage wieder aufs Tapet zu bringen. Den Gemeinden, die das Ausländerstimmrecht einführen möchten, haben sie damit einen Bärendienst erwiesen. Mit der Brechstange gelingen selten Erfolge. **thomas.daehler@bernerzeitung.ch**

GROSSER RAT

Rot-grüne Entlastung

SP und Grüne wollen die Steuern schon für Bruttolöhne von 150 000 Franken weniger stark senken als die Regierung.

Der Grosse Rat berät langsamer als geplant, aber heute ist es so weit: Die Steuerdebatte beginnt. Dabei werden SP und Grüne ihre Vorschläge einbringen (wir berichteten): Sie wollen höhere Einkommen weniger entlasten als Regierung und Kommission. Allerdings greift die Linke in ihrem Modell relativ «früh» ein: Der Vergleich zeigt, dass sie Ehepaare mit zwei Kindern bereits ab Bruttolöhnen von 150 000 Franken etwas weniger stark entlasten will. Verdient das Ehepaar brutto 200 000 Franken, wird es nach Regierungsmodell um 2044 Franken entlastet – nach SP/Grüne um 1655 Franken. Bei Ehepaaren ohne Kinder greift die Linke noch früher ein, richtig spürbar ist die Änderung aber bei brutto 200 000 Franken: Dieses Ehepaar würde um 618 statt 1175 Franken entlastet. Bei höheren Löhnen ist die «Minderentlastung» selbstredend noch höher. Ihnen bleibt zum Teil nicht mal der volle Ausgleich der kalten Progression. **FAB**